



Nr. 15

24. April 2026

Inhalt

Wendt verabschiedet – Teggatz neuer DPoIG-Chef

[Geyer: Beamtentum verdient Rückendeckung der Politik](#)

Geyer im Interview mit der Frankfurter Rundschau

[„Alle zahlen das dann, auch die Beamten“](#)

Gespräch mit SPD-Fraktionsvorsitzendem

[Alterssicherung: Langfristig denken statt Strohfeuer zünden](#)

Pläne der Bundesregierung

[Geyer zur GKV-Reform: „Rote Linie überschritten“](#)

Merz-Aussage

[Gesetzliche Rente als „Basisabsicherung“? Geyer widerspricht](#)

dbb frauen

[Digitaler Jugendschutz braucht klare Leitplanken](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Besoldung: Landesregierung überträgt Tarifergebnis](#)

Hessen

[Schmitt verabschiedet – Poseck kündigt Besoldungsgesetzesentwurf an](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Bündnis für sichere Schulwege ruft Politik zum Handeln auf](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Girls'Day und Boys'Day setzen wichtiges Signal gegen Rollenklischees](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Wendt verabschiedet – Tegatz neuer DPoIG-Chef **Geyer: Beamtentum verdient Rückendeckung der Politik**

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer warnt vor wachsender Staatsverdrossenheit – und mahnt Rückendeckung für die Beschäftigten an.

„Gerade in Zeiten multipler Krisen wollen die Menschen einen handlungsfähigen Staat. Dafür sind nicht immer nur neue Gesetze oder neue Regulierungen nötig. Gebraucht werden Kolleginnen und Kollegen, die die schon heute geltenden Gesetze auch durchsetzen – und sich dabei auf die Rückendeckung ihres Dienstherrn verlassen können“, sagte der dbb-Chef beim Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) am 21. April 2026.

„Was wir aktuell an Vorschlägen aus der Bundesregierung hören, hat aber mit Rückendeckung wenig zu tun – es sind Angriffe auf das Berufsbeamtentum, etwa das wiederkehrende Gerede über die Einbeziehung in die Gesetzliche Rentenversicherung. Als Vorwand dienen dann oft die sogenannten ‚Privilegien‘ der Beamtinnen und Beamten. Da frage ich mich dann: Ist es ein Privileg, im Dienst bespuckt und angegriffen zu werden? Das zeigt meines Erachtens nur, wie entrückt einige Politikerinnen und Politiker vom Arbeitsalltag der Kolleginnen und Kollegen sind“, stellte Geyer klar.

Lob für starken Einsatz

Der dbb-Bundesvorsitzende gratulierte Heiko Tegatz, der auch dbb-Vize ist, zur Wahl zum DPoIG-Bundesvorsitzenden: „Seit 2022 arbeiten wir in der dbb-Bundesleitung vertrauensvoll zusammen. Mit dir, lieber Heiko, bekommt die DPoIG einen durchsetzungsstarken Experten an der Spitze, der die Sache der Polizistinnen und Polizisten überzeugend vertritt. Den dbb hast du dabei an deiner Seite.“

Geyer würdigte in seiner Ansprache Rainer Wendt, der nicht wieder zur Wahl angetreten war: „Wie kaum ein anderer Gewerkschafter hast du es verstanden, Politik und Öffentlichkeit das Wirken der Polizei zu erklären und, wenn nötig, auch mit pointierten Aussagen auf

die Missstände im Bereich der Inneren Sicherheit hinzuweisen. Lieber Rainer, für deinen unermüdlichen Einsatz sind dir alle Kolleginnen und Kollegen, ist dir der dbb zu Dank verpflichtet.“

Die 396 Delegierten sprachen Heiko Tegatz mit einer überwältigenden Mehrheit von 382 (96,5 Prozent) ihr Vertrauen aus und wählten ihn zum neuen Bundesvorsitzenden der DPoIG. Zu seinem 1. Stellvertreter bestimmten die Delegierten Ralf Kusterer aus Baden-Württemberg. Weitere stellvertretende Bundesvorsitzende sind Markus Sehn (Saarland), Thomas Jungfer (Hamburg), Thorsten Grimm (Bayern) sowie Olaf Sendel (Sachsen Anhalt).

„Ich danke den Delegierten herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen und herausragende Wahlergebnis. Gemeinsam mit der Bundesleitung, allen Funktionsträgern und Landesverbänden werden wir uns weiterhin mit voller Entschlossenheit für die Belange der Polizeibeschäftigten und für einen starken Rechtsstaat einsetzen“, sagte Heiko Tegatz unmittelbar nach der Wahl.

In seiner Antrittsrede setzte der neue DPoIG-Bundesvorsitzende klare Schwerpunkte für die gewerkschaftliche Arbeit in den kommenden Jahren. Mit großer Sorge verwies er dabei vor allem auf die seit Jahren ansteigende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte: „Menschen, die tagtäglich für unsere Sicherheit sorgen, geraten zunehmend selbst ins Visier von Gewalt. Die Lage für Einsatzkräfte ist hoch angespannt, vielerorts sehen sie sich brutalen und teils lebensgefährlichen Angriffen ausgesetzt. Besonders im Umfeld von Demonstrationen nimmt die Gewaltbereitschaft deutlich zu. Gewalt gegen Einsatzkräfte ist inakzeptabel und darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben!“

Geyer im Interview mit der Frankfurter Rundschau „Alle zahlen das dann, auch die Beamten“

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer wirbt dafür, die Krankheitskosten von Bürgergeldempfängern endlich durch Steuermittel zu finanzieren.

Derzeit werden diese Kosten nur von den Versicherten in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) getragen. Die Expertenkommission der Bundesregierung hat vorgeschlagen, das über die Steuern zu regeln. „Das ist gerechter. Alle zahlen das dann, auch die Beamten“, sagte dazu dbb-Chef Volker Geyer im Interview mit der Frankfurter Rundschau am 18. April 2026.

Den Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, Beamtinnen und Beamte in die Gesetzliche Rentenversicherung zu zwingen, sei hingegen „Unsinn“. Das wäre teurer als das bisherige System, so Geyer: „Wir reden dabei von mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr. Schließlich müsste der Staat als Arbeitgeber jeden Monat 9,3 Prozent des Einkommens als

Rentenversicherungsbeitrag bezahlen. Außerdem müsste die Besoldung zudem um weitere 9,3 Prozent erhöht werden, damit die Beamten ihren Beitrag abführen können.“

Mit Blick auf die Debatte um die Verbeamtung von Lehrkräften, sagte der dbb-Chef: „Ich habe mich neulich mit einem Abgeordneten unterhalten, der seinen Wahlkreis in der Nähe der französischen Grenze hat. Der sagte, dass er möchte, dass in Deutschland Lehrerinnen und Lehrer weiterhin verbeamtet sind. Er erlebe, was drüben in Frankreich los ist, wenn Lehrerinnen und Lehrer streiken und möchte das hierzulande nicht.“

Das vollständige Interview gibt es unter www.fr.de.

Gespräch mit SPD-Fraktionsvorsitzendem Alterssicherung: Langfristig denken statt Strohfeuer zünden

Die Sicherung der Altersversorgung wird derzeit heiß diskutiert. Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer wirbt dafür, sachlich zu bleiben.

In einem Gespräch mit Matthias Miersch, MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, am 23. April 2026 sprach Geyer den größten Streitpunkt an: „Eine der häufigsten Forderungen ist, dass Beamtinnen und Beamte auch in die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einzahlen sollen. Diese Idee wird aber schnell zum Bumerang werden“, erklärte er. „Schließlich müssen aus diesen Kassen ja dann auch zusätzlich die Renten der Beamtinnen und Beamten finanziert werden. Nicht nur das: Obendrauf müssen die Bezüge der Beamtinnen und Beamten um die Beiträge zur Rentenversicherung erhöht werden. Auch die Arbeitgeber müssten dann Beiträge zahlen. Für den Steuerzahler wird das teurer. Für den Staat wird das teurer. Kurz: Das Ganze ist unbezahlbar. Eine Einbeziehung ist mit uns nicht zu machen.“

Der Austausch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden sei eine wichtige Etappe in der Diskussion gewesen, so der dbb-Chef. Denn die Vorschläge, Beamtinnen und Beamte in die GRV miteinzubeziehen, seien in den letzten Wochen

insbesondere vonseiten der SPD-Spitze gekommen. „Für viele ist das ein Reizthema, dennoch müssen wir die Diskussion sachlich und ohne verbale Ausfälle führen“, betonte Geyer.

„Wir erwarten von der Politik auch eine langfristige Alterssicherung für Arbeitnehmende. Statt Gruppen gegeneinander auszuspielen, müssen echte Lösungen in Form einer durchdachten und nachhaltigen Absicherung her“, unterstrich Geyer. „Kurzlebige Strohfeuer zu zünden und sich grobschlächtigem Populismus zu bedienen, bringen uns in der Sache dagegen nicht weiter.“

Der dbb-Chef hob den besonderen Stellenwert des Berufsbeamtentums hervor: „Das Berufsbeamtentum steht für Stabilität und Verfassungstreue. Es ist in Zeiten des Arbeitskräftemangels ein Argument für Nachwuchskräfte, sich für den öffentlichen Dienst zu entscheiden. Zudem schwören die Kolleginnen und Kollegen alle einen Eid auf das Grundgesetz und verpflichten sich der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ Es liege daher im Interesse des Staates und der Gesellschaft, das

Berufsbeamtentum zu schützen. „Angriffe auf das Berufsbeamtentum konterkarieren die täglichen Anstrengungen unserer Kolleginnen und Kollegen, das Land am Laufen zu halten“,

machte Geyer deutlich. „Darüber hinaus garantiert das Berufsbeamtentum durch die Streikfreiheit, dass die Daseinsfürsorge ohne Unterbrechung aufrechterhalten werden kann.“

Pläne der Bundesregierung Geyer zur GKV-Reform: „Rote Linie überschritten“

Schlecht für Versicherte und Beschäftigte: Der dbb kritisiert das geplante Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) scharf.

„Der Gesetzentwurf hat eindeutig Schlagseite zulasten der Patientinnen und Patienten“, kritisierte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 20. April 2026 im Zuge der Verbändeanhörung des Bundesgesundheitsministeriums die Reformpläne der Koalition. „Aus gewerkschaftlicher Sicht sind und bleiben die beiden größten Knackpunkte die Abkehr der vollständigen Refinanzierung der Tarifsteigerungen und die fehlende Übernahme der Beiträge für Bürgergeldempfänger aus Steuermitteln.“ Zwar gingen viele der von der Finanzkommission Gesundheit vorgeschlagenen Maßnahmen in die richtige Richtung und könnten vom dbb mittragen werden. „Die Akzeptanz dieser Empfehlungen wird allerdings maßgeblich davon abhängen, dass die Belastungen ausgewogen verteilt sind. Das ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aber ausdrücklich nicht der Fall.“

Laut dem Entwurf sollen Anreize gestärkt werden, Tarifabschlüsse zu vereinbaren, die sich an der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung orientieren. „Darunter ist nichts anderes als ein Eingriff in die Tarifautonomie zu verstehen. Mit dieser Intention wird eine rote Linie

überschritten“, stellte Geyer klar. Konkret sieht der Vorschlag vor, von der vollständigen Refinanzierung der Tarifsteigerungen in den Krankenhäusern hin zu einer regelmäßigen Anpassung in Höhe der Veränderungsrate zu kommen. „Tarifverhandlungen bilden nicht nur die allgemeine Lohnentwicklung ab. Vielmehr bilden sie die Grundlage für Mechanismen, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu regulieren“, erklärte der dbb-Chef. Der nun vorgesehene staatliche Eingriff werde direkten Einfluss auf die Arbeitsnachfrage in den Pflegeberufen haben: „Der immer noch bestehende und weiter aufwachsende Fachkräftemangel wird damit nicht bekämpft, sondern befördert.“

Seit Jahren fordern der dbb und andere Verbände die auskömmliche Refinanzierung der Beiträge für Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger. „Diese ist dringend erforderlich, fällt jetzt aber Haushaltszwängen zum Opfer“, sagte Geyer. „Gleichzeitig sollen Patientinnen und Patienten mit um 50 Prozent steigenden Zuzahlungen belastet werden. Es kann nicht sein, dass Versicherte zur Kasse gebeten werden, um den Haushalt zu sanieren.“ Es geht dabei um rund 13 Milliarden Euro jährlich.

Merz-Aussage Gesetzliche Rente als „Basisabsicherung“? Geyer widerspricht

In der Debatte um Rentenreformen mahnt dbb-Chef Volker Geyer einen sachlichen Ton an.

„Die Gesetzliche Rente schlecht zu reden, bringt niemandem etwas. Ende Juni wird die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ihren Bericht vorlegen. Auf dieser Grundlage sollte eine sachliche Debatte geführt werden. Klar ist: Alle drei Säulen der Altersvorsorge – gesetzliche Rente, Betriebsrenten und private Vorsorge – müssen gestärkt werden“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 22. April 2026.

„Die Gesetzliche kann und muss auch in Zukunft mehr sein als eine Basisabsicherung“, so Geyer weiter. „Fakt ist doch: Gerade jetzt in der Energiekrise ist das Geld am Monatsende bei vielen Menschen knapp, da ist für private Rentenvorsorge kaum Luft. Deshalb brauchen wir von der Bundesregierung konkrete Vorschläge, wie die zweite und dritte Säule gestärkt werden können.“

dbb frauen

Digitaler Jugendschutz braucht klare Leitplanken**Die Spitze der dbb bundesfrauenvertretung war vor Ort auf dem Kongress „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vertreten.**

„Wir wollen Schutz, Befähigung und Teilhabe für unsere Kinder“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb-Bundesvorsitzende am 23. April 2026 im Anschluss an den Kongress. „Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum kann nur gelingen, wenn diese drei Aspekte gemeinsam gedacht werden. Kinder und Jugendliche müssen vor Gefahren im Netz geschützt werden, gleichzeitig aber auch die Kompetenzen erwerben, sich sicher und selbstbestimmt in digitalen Räumen zu bewegen. Zugleich darf ihnen die Teilhabe an der digitalen Welt nicht verwehrt werden.“ In diesen Punkten waren sich die Teilnehmenden auf dem Kongress einig.

Denn die Studien und Berichte zeichnen ein alarmierendes Bild: Exzessive Nutzung sozialer Medien führt zu Schlafmangel, Konzentrationsproblemen und kann suchtähnliches Verhalten fördern. Rund jedes vierte Kind zeigt ein riskantes Nutzungsverhalten. Insgesamt betrifft das etwa 1,4 Millionen junge Menschen in Deutschland. Gleichzeitig nehmen Cybermobbing, digitale Gewalt und der Einfluss problematischer Rollenbilder sowie extremistischer Inhalte zu. Besonders betroffen sind häufig Mädchen und junge Frauen. Der digitale Kinder- und Jugendschutz ist daher auch eine arbeits- und gleichstellungspolitische Frage.

Für Kreutz ist klar: „Der öffentliche Dienst spielt bei der Sicherheit in digitalen Räumen eine Schlüsselrolle. Denn Beschäftigte in Schulen, Verwaltungen, Jugendhilfe und Gesundheitswesen sind täglich mit den Auswirkungen digitaler Medien konfrontiert.“ Tanja Küsgens, stellvertretende Vorsitzende der dbb frauen und Bundessprecherin der Frauenvertretung des Verbands Bildung und Erziehung, ergänzte: „Insbesondere die Beschäftigten in der Bildung können hier viel bewegen. Lehrerinnen und Lehrer vermitteln Medienkompetenz und erkennen frühzeitig problematische Entwicklungen. Fachkräfte in der Jugendhilfe unterstützen betroffene Familien, während Verwaltung und Aufsichtsbehörden für die Umsetzung

und Weiterentwicklung rechtlicher Rahmenbedingungen verantwortlich sind. Gerade Frauen tragen hier vielfach Verantwortung – sowohl beruflich als auch im familiären Umfeld.“

Vor diesem Hintergrund brauche es gezielte Unterstützung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, insbesondere durch bessere Ausstattung, Fortbildungsangebote und klare rechtliche Leitplanken. Gleichzeitig müssen bestehende Regelungen wie der Digital Services Act konsequent umgesetzt und Plattformbetreiber stärker in die Pflicht genommen werden. Die Diskussion über ein Mindestalter für soziale Medien werde dabei als ein möglicher Baustein gesehen, kann jedoch allein keine ausreichende Lösung darstellen.

Zugleich wurde betont, dass der Rechtsstaat auch gegen digitale Gewalt handlungsfähig sein müsse. Das Internet dürfe kein rechtsfreier Raum sein. Maßnahmen wie die geplante Speicherung von IP-Adressen können dazu beitragen, insbesondere schwere Straftaten wie Kindesmissbrauch effektiver zu verfolgen. Ein zentrales Signal ging auch von den beteiligten Jugendlichen selbst aus: Sie fordern Schutz – aber nicht auf Kosten ihrer Teilhabe. Diese Perspektive muss stärker in politische Entscheidungen einfließen.

Hintergrund:

Auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Praxis auf dem Fraktionskongress über die zunehmenden Herausforderungen digitaler Medien für junge Menschen diskutiert. Die dbb bundesfrauenvertretung wird die weiteren politischen Initiativen zum Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt aufmerksam begleiten und sich dafür einsetzen, dass zukünftige Regelungen sowohl Kinderrechte als auch gute Rahmenbedingungen für die Beschäftigten in den Blick nehmen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Besoldung: Landesregierung überträgt Tarifergebnis

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat sich im Besoldungsgespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verbände und Gewerkschaften darauf verständigt, die Tarifeinigung vom 14. Februar 2026 systemgerecht eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übertragen.

An dem Gespräch nahmen von Seiten der Landesregierung Ministerpräsident Hendrik Wüst, die stellvertretende Ministerpräsidentin Mona Neubaur, der Finanzminister Marcus Op-
tendrenk und der Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski teil.

Die Tarifeinigung sieht für das Jahr 2026 zum 1. April 2026 eine Erhöhung der monatlichen Tabellenentgelte um 2,8 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro, sowie eine Anhebung der monatlichen Ausbildungsentgelte um 60 Euro vor. Für das Jahr 2027 folgt ab dem 1. März 2027 eine weitere Erhöhung der Tabellenentgelte um 2 Prozent sowie eine Erhöhung der monatlichen Ausbildungsentgelte um 60 Euro. Für das Jahr 2028 steigen die Tabellenentgelte ab dem 1. Januar 2028 um 1 Prozent, die monatlichen Ausbildungsentgelte um weitere 30 Euro.

Mit der systemgerechten Eins-zu-eins-Übertragung setzt die Landesregierung ihren verlässlichen Kurs bei Besoldung und Versorgung fort. Sie knüpft damit an die Linie der vergangenen Jahre an und schafft früh Klarheit für die Beschäftigten sowie für die Versorgungsempfänger.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Die Landesregierung hält ihr Versprechen für einen starken und handlungsfähigen öffentlichen Dienst.“

Nach der schnellen und vertrauensvollen Verständigung mit den Gewerkschaften übertragen wir jetzt die Tarifergebnisse Eins-zu-Eins auf unsere Beamten und Richter. Auf uns ist Verlass. Damit sorgen wir dafür, dass das Geld schnell ankommt. Es bleibt dabei: Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden.“

Die Landesregierung leitet nun zügig das Gesetzgebungsverfahren ein, damit sie den Gesetzentwurf bereits für das Juni-Plenum in den Landtag einbringen kann. Der 1. Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (DBB) NRW Roland Staude sagte: „Mit der zeit- und inhalts-gleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich der Landes- und Kommunalbeamten haben wir auch einen guten Einstieg in eine anstehende Besoldungsstrukturreform erreicht. Hier zeigt das Land die notwendige Seriosität und das erforderliche Augenmaß im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.“

Die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2025 wird die Landesregierung in einem besonderen Gesetz regeln. Dazu laufen die erforderlichen Prüfungen. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren soll im Laufe des Sommers eingeleitet werden.

Hessen

Schmitt verabschiedet – Poseck kündigt Besoldungsgesetzentwurf an

Der langjährige Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, ist aus dem Amt verabschiedet worden.

Schmitt hatte das Amt zehn Jahre inne, bevor er am 1. Dezember 2026 zum Fachvorstand des dbb auf Bundesebene gewählt wurde. Damit war er „das Gesicht“ des gewerkschaftlichen Dachverbands, wie es Innenminister Roman Poseck in seinem Grußwort formulierte.

Poseck würdigte Heini Schmitt als „wirkungsvollen Fürsprecher“ der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, dem es stets gelang, die richtigen und wichtigen Themen in den Mittelpunkt der Debatte“ zu stellen. So habe er viele Verbesserungen für die Beschäftigten bewirkt.

Die sogenannte Angriffsentschädigung, die vor einigen Jahren eingeführt wurde, um Opfern von Gewalteinwirkung im Dienst eine schnelle Kompensation zukommen zu lassen, trage Heini Schmitts Handschrift. Auch im Streit um eine verfassungskonforme Besoldung habe Heini Schmitt nie lockergelassen.

Im Zuge seiner Laudatio kündigte Poseck an, dass das Land „relativ bald einen ganz konkreten Vorschlag machen werde“, um die hessische Besoldung endlich verfassungskonform

zu gestalten. Dabei sprach Poseck von einem Zeitplan bis zur Sommerpause. In die Beratung des Gesetzentwurfs wolle die Landesregierung den dbb Hessen mit einbinden und beteiligen, versprach der Innenminister.

Heini Schmitt betonte in seiner Erwiderung, dass das Erreichte immer eine Mannschaftsleistung gewesen sei. „Es standen immer Leute hinter mir, da konnte ich mit stolzer Brust unsere Forderungen präsentieren. Dazu können wir uns gegenseitig beglückwünschen.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Bündnis für sichere Schulwege ruft Politik zum Handeln auf

Um Kinder noch stärker darin zu unterstützen, ihren Schulweg zu Fuß zurückzulegen, müssen Politik und Kommunen mehr für ihre Sicherheit tun. Dies fordert das Bündnis „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ aus dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW), dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) und dem ökologischen Verkehrsclub VCD.

Dazu gehören der bessere Ausbau von Schulwegen, beispielsweise durch übersichtlichere Kreuzungen, ebenso wie ausreichend lange Ampelphasen und die vermehrte Ausweisung von Schulstraßen. Denn zwei Drittel der Kinder in Deutschland gehen gern zu Fuß; aber nur gut die Hälfte fühlt sich sicher, wenn sie auf dem Schulweg allein unterwegs sind.

Grundsätzlich gehen 67 Prozent der Kinder zwischen 6 und 13 Jahren gern zu Fuß. 38 Prozent der Kinder, die ihren Schulweg zu Fuß zurücklegen, bewerten diesen als „sehr gut“ – während Kinder, die mit anderen Verkehrsmitteln unterwegs sind, dies nur zu 28 Prozent so bewerten. Das zeigt der Monitor Fußverkehr 2024 des Sinus-Instituts im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums: Die große Mehrheit der Befragten genießt es, andere Kinder zu treffen, frische Luft zu bekommen oder zwischendurch einen Stopp, beispielsweise auf einem Spielplatz, einzulegen. Doch nur gut die

Hälfte von ihnen (53 Prozent) fühlt sich sicher oder sehr sicher, wenn sie allein zu Fuß unterwegs sind.

Die größte Angst haben Kinder vor Autos (38 Prozent). Auch vor dem Überqueren von Kreuzungen fürchten sich viele Kinder. Die Verbände fordern deshalb, Schulwege besser auszubauen: Verkehrsarten müssen besser voneinander getrennt und Kreuzungen übersichtlicher gestaltet werden. Tempo 30 und ausreichend lange Ampelphasen sind wichtige Maßnahmen, um Wege für Kinder sicherer zu machen. Für das unmittelbare Schulumfeld regen die Verbände an, Schulstraßen auszuweisen, um den Autoverkehr dort in Stoßzeiten ganz fernzuhalten. Ein erster Schritt kann auch das Einrichten von Elternhaltestellen sein, die deutlich vom Schultor entfernt sind, um den unmittelbaren Eingang auf das Schulgelände sicherer zu gestalten.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Girls'Day und Boys'Day setzen wichtiges Signal gegen Rollenklischees

Anlässlich des bundesweiten Girls'Day und Boys'Day am 23. April 2026 forderte der VDR, die Berufsorientierung an Schulen stärker in den Fokus zu rücken.

Noch immer scheinen verfestigte Rollen- oder Geschlechterklischees für junge Menschen bei der Berufswahl prägend zu sein. So entschieden sich Jungen überdurchschnittlich häufig für technische Berufe wie Elektroniker oder In-

dustriemechaniker, während Mädchen eher soziale oder kaufmännische Berufe wählen. Auch bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in der dualen Berufsausbildung zeigt sich ein Ungleichgewicht: 2025 waren rund 64 Prozent männlich und nur 36 Prozent weiblich.

„Diese Zahlen zeigen, wie wichtig eine fundierte Berufsorientierung ist“, betont der VDR-Vorsitzende Ralf Neugschwender. „Jugendliche stehen vor rund 330 Ausbildungsberufen und etwa 11.000 Bachelorstudiengängen – in diesem kaum überschaubaren Angebot brauchen sie verlässliche Wegweiser.“ Berufsorientierung müsse daher als zentrale und systematisch verankerte Aufgabe von Schule verstanden werden – immer unter Einbeziehung der Eltern als wichtige Partner.

Der Aktionstag unter dem Motto „Dein Tag, dein Weg! – Impulse für die Fachkräfte von morgen“ setze das richtige Signal: Bundesweit öffnen dabei zahlreiche Betriebe, Unternehmen und Institutionen ihre Türen und ermöglichen praxisnahe Einblicke – auch jenseits traditioneller Rollenbilder. Der VDR fordert, Rollenklischees weiter abzubauen. „Jugendliche

sollen ihre Talente frei von Stereotypen entfalten können“, so Neugschwender.

Realschulen und verwandte Schularten denken die Übergänge in Ausbildung und Beruf aufgrund ihres klaren Profils konsequent mit. In vielen Unterrichtsfächern werden gezielt Bezüge zur Arbeitswelt hergestellt, sodass Berufsorientierung fester Bestandteil des Unterrichts ist. Ergänzt wird dies durch fest verankerte Betriebspraktika und enge Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft. Zahlreiche Schulen lassen ihre Konzepte zudem durch das Berufswahlsiegel zertifizieren und machen so ihre systematische und vielfältige Berufsorientierung nach außen sichtbar. Diese enge Verzahnung von Schule und Praxis stärkt die Entscheidungsfähigkeit der Jugendlichen und unterstützt die Fachkräftesicherung.

Namen und Nachrichten

In der dritten Verhandlungsrunde haben die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** und die Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH (evb) am 21. April 2026 einen richtungsweisenden Tarifabschluss erzielt. Neben der Einführung der neuen, marktgerechten Entgeltstruktur konnten wichtige soziale und strukturelle Verbesserungen durchgesetzt werden: Außerdem setzt der Abschluss deutliche Akzente bei der finanziellen

Entlastung und der sozialen Absicherung. So profitieren die Beschäftigten bereits im Juni 2026 von einer steuerfreien Entlastungsprämie in Höhe von 600 Euro. Um auch die Erholungsphasen der Mitarbeiter langfristig aufzuwerten, wird ab 2027 ein jährliches Urlaubsgeld von 600 Euro fester Bestandteil der GDL-Tarifverträge. Weitere Details gibt es unter www.gdl.de.

Termine:

19. Mai 2026

37. Europäischer Abend

„Digitales Europa. Zwischen Abhängigkeit und Souveränität“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

21. Mai 2026

Tarifsymposium

„Zukunftsfähige Kommunen. Tarifpolitik und Finanzen“

Weitere Informationen unter www.dbb.de